

«Unsere Polizei hat schon öfter Hooligans an ihrem Arbeitsplatz abgeholt»



Zum Hooliganismus: «Vom Fussballverband gab es bislang weitgehend Lippenbekenntnisse zu hören.»



Zur Reitschule: «Über die Diskussion im Stadtrat zum Leistungsvertrag bin ich nicht nur glücklich.»



Zur FDP: «Wir müssen uns definitiv vom Image der Abzockerpartei lösen, indem wir den Beweis antreten, dass das nicht stimmt.»



Zur Faszination England: «Sie fragen mich immer nach dem Warum. Der Engländer dagegen sagt: «Why not?»»

Hans-Jürg Käser ist in der Berner Regierung der Mann fürs Grobe: Der Polizeidirektor will bei der Reitschule und den Hooligans durchgreifen und sagt, den Eindruck, dass es in der Reithalle einen rechtsfreien Raum gebe, gelte es mit aller Konsequenz zu bekämpfen.

Herr Käser, Ihre St. Galler Amts- und Parteikollegin Karin Keller-Sutter wurde zur Politikerin 2011 gewählt. Freut Sie das?

Hans-Jürg Käser: Ja, sehr. Vor allem, weil sie für den Kampf gegen den Hooliganismus ausgezeichnet wurde.

Dafür hätten auch Sie ausgezeichnet werden können, wenn Sie im Kanton Bern vorwärts gemacht hätten.

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) macht sehr stark vorwärts. Andere bremsen.

In der öffentlichen Wahrnehmung passiert nicht viel.

Die KKJPD hat viel getan. Wir haben beispielsweise erreicht, dass die Gewalttäter mit Foto in der Hooligandatenbank erfasst werden.

In St. Gallen werden Hooligans verurteilt.

Bei uns auch. Wir machen gestützt auf die Gesetze das Mögliche. Unsere Polizei hat schon öfter Gewalttäter an ihrem Arbeitsplatz abgeholt. Das war ziemlich unangenehm für die Betroffenen.

Auch haben wir Gewalttäter im Internet ausgeschrieben und so dingfest gemacht. Wir machen unsere Arbeit sehr wohl. Es gibt andere, die bremsen.

Wer?

Vonseiten des Schweizerischen Fussballverbands waren bislang weitgehend blosse Lippenbekenntnisse zu hören.

Der Grosse Rat hat letzten September Ja gesagt zur Einführung von standardmässigen Schnellgerichten. Wie weit ist man da?

Die Justiz hat ihre Hausaufgaben gemacht und eine Gruppe von Staatsanwälten bezeichnet, die in den Stadien zugegen ist und Urteile fällt, wenn entsprechende Verbrechen oder Vergehen vorliegen. Sehen Sie, der Begriff

«Schnellgericht» klingt gut. Allerdings liegt die Beweispflicht bei der Polizei. Die Hooligans wissen, dass das schwierig ist, wenn sie verurteilt sind.

Ihr Regierungskollege Christoph Neuhaus (SVP) hatte letzten Sommer genug und kündigte an, das Hooliganproblem mit einer eigenen Berner Rechtsgrundlage für Spielabbrüche und Geistespiele zu lösen.

Die ist in Arbeit - gewissermassen als Rückfallposition, wenn keine nationale Lösung gefunden werden sollte. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass die Kantone der von der KKJPD beschlossenen Verschärfung zustimmen.

Diese sieht unter anderem eine Pflicht zur Bewilligung von Sportgrossanlässen vor.

Letztes Jahr führte die Bundespolizei gemeinsam mit dem SCB Pilotversuche durch, bei denen die Zuschauer nur mit einer ID oder einem Pass Zutritt zum Stadion hatten. Sind diese Versuche abgeschlossen?

Die Auswertung dazu liegt noch nicht vor. Ich habe mich gefreut, dass der SCB dazu Hand geboten hat. Im Eishockey ist das Problem allerdings wesentlich kleiner, weil wir zumindest mit den Berner Clubs Lösungen gefunden haben, die wirklich funktionieren.

Gewalt und Vandalismus sind nicht nur in den Stadien ein Problem. Auch die Reitschule ist deswegen immer wieder in den Schlagzeilen. An Silvester warfen Leute vom Areal der Reitschule aus volle Bierflaschen auf vorbeifahrende Autos.

In der Silvesternacht passieren leider solche Sachen auch anderswo. Anderswo verfolgt die Polizei die Täter.

Es gab den Vorfall, dass zwei Polizisten in Zivil einen Verdächti-

gen bis in die Reitschule verfolgten. Danach gab es den Videoclip, der zeigen sollte, wie unverhältnismässig die Polizei reagiert haben soll.

Und deshalb bleibt die Polizei lieber draussen.

Die Reitschule ist ein Hotspot, weil die Bewilligungspraxis bezüglich Gastgewerbe und Überzeit zu wenig klar und zu wenig restriktiv ist. Es darf nicht sein, dass es in der Reithalle einen rechtsfreien Raum gibt.

Das ist es heute aber.

Es gab einzelne Vorfälle, bei denen man diesen Eindruck bekommen konnte. Diesen gilt es mit aller Konsequenz zu bekämpfen.

Dennoch: Die Polizei geht nicht rein.

Doch, aber das ist nicht ganz einfach.

Warum?

Weil es in der Reitschule Leute gibt, die den Kampf gegen den Staat inszenieren. Wenn sich bei der Reitschule beispielsweise ein Verkehrsunfall ereignet, ist es schon vorgekommen, dass die Polizisten, die den Unfall aufnehmen mussten, aus der Reitschule attackiert wurden. Auf der anderen Seite ist die Reitschule eine etablierte Kulturinstitution...

... die von der Stadt eine Stanga Geld bekommt und sich trotzdem nicht an die Regeln hält.

Über die Diskussion im Stadtrat zum Leistungsvertrag bin ich nicht nur glücklich. Bei einer Leistungsvereinbarung muss es auf der anderen Seite Verantwortliche geben und nicht ein Kollektiv. Auch muss die Sicherheit im Vertrag verankert sein.

Eine Leistungsvereinbarung, die diese Elemente nicht erfüllt, verdient diesen Namen nicht. Aber das muss die Stadt verantworten.

Unlängst hat die Reitschule die Leistungsvereinbarung nicht so

«Vonseiten des Schweizerischen Fussballverbands waren bislang weitgehend blosse Lippenbekenntnisse zu hören.»

akzeptiert, wie dies der Stadtrat vorgesehen hat. Trotzdem bekommt sie von der Stadt Geld. Haben Sie dafür Verständnis?

Ich hätte mir vorstellen können, dass man einen anderen Entsch eid fällen würde.

Der Verdacht liegt nahe, dass die Stadt der Polizei verbietet, in die Reitschule zu gehen.

Das ist nicht so.

Sie haben sich mit einer Delegation des Gemeinderats getroffen. Was ist das Resultat?

Dass man in Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat darauf hinwirkt, die Bewilligung so zu erlassen, dass klar ist, was auf dem Areal wo erlaubt ist.

Wenn das klar ist, kann man durchgreifen.

Wer soll durchgreifen?

Die Polizei.

Das soll sie doch heute schon. Ja, sicher! Aber die Rechtsgrundlagen sind heute zu unklar.

Letztes Jahr wurde der Ausbau des Polizeikorps aus Spargründen gestoppt. Wie weiter?

Im Zusammenhang mit dem Entlastungspaket verzichten wir nur 2012 auf die Aufstockung. 2013 müssen wir diese wie beschloss en wiederaufnehmen.

Allerdings muss das Budget auch dann eine schwarze Null aufweisen.

Im Asylwesen wird offenbar zu wenig diskutiert: Vor Weihnachten wies das Bundesempfangszentrum in Basel aus Platzgründen Asylbewerber ab. Gleichzeitig stand das Bundeszentrum auf dem Jaunpass halb leer.

Vor Weihnachten haben wir dem Bundesamt für Migration angeboten, etwa 50 Personen vorübergehend aufzunehmen, und dies dann auch gemacht.

Wie liess sich die Misere im Asylwesen beheben?

Mit Bundeszentren, wie sie Justizministerin Simonetta Sommaruga nach holländischem Vorbild einrichten will. In diesen Zentren läge die Verantwortung für die Asylsuchenden beim Bund.

Gleichzeitig hätte er die Möglichkeit, die Verfahren, die ja ohnehin alle vom Bund bearbeitet werden, zu beschleunigen. Das fordern ja auch die Kantone. Trotzdem sind sie offenbar nur zögerlich bereit, solche Zentren zu schaffen. Das verstehe ich nicht. Denn wenn es keine Bundeszentren gibt, werden die Asylsuchenden gemäss Verteilungsschlüssel auf die Kantone verteilt und sind auch in den Gemeinden, allerdings unter der vollen Verantwortung der Kantone.

Dann beginnt faktisch die Integration. Dies, obschon erfahrungsgemäss gegen 90 Prozent aller Gesuche nicht zum Status des anerkannten Flüchtling führen.

Sie haben mit dem Jaunpass und mit Tschorren als Einziger Hand für eine Lösung geboten. Tun Sie das auch weiterhin, etwa für den Bau eines Bundeszentrums in Belp?

Belp war im Notfallkonzept des BFM lediglich als Beispiel genannt. Konkrete Pläne gibt es nicht. Ich bin zuversichtlich, dass in den nächsten Monaten in zwei bis drei Kantonen Bundeszentren spruchreif werden.

Im Kanton Bern?

Ganz klar nein. Bei uns wird es kein weiteres Bundeszentrum geben.

Sind die Bundeszentren Jaunpass und Tschorren wirklich befristet?

Ja, jenes auf dem Jaunpass wird Ende Januar schliessen. Das Zentrum Tschorren wird während des Sommers betrieben und dann geschlossen.

In Syrien verschärfte sich die Lage, viele verlassen das Land. Merkt man das bereits im Kanton Bern?

Ja, die Zahl syrischer Gesuche ist seit Sommer 2011 gestiegen. Wir müssen mit mehr Asylbewerbern aus diesem Raum rechnen. In einer Fernsehreportage habe ich Syrer gesehen, die sagten, dass sie Angst hätten. Interessanterweise sind die sogenannten Flüchtlinge meist junge Männer. Fürchten sich denn syrische Frauen nicht?

Das ist eindeutig so. Viele Tunesier sprechen Italienisch, weil sie jahrelang in Italien gelebt haben. Sie kommen zu uns, um hier den Winter zu verbringen. Das ist überhaupt nicht die Idee der humanitären Flüchtlingshilfe, hinter der ich explizit stehe.

Wie müsste man mit diesen Leuten verfahren?

So, wie es das Dublin-Abkommen vorsieht: Wer in einem anderen Land einen Antrag gestellt hat, muss dorthin zurück. Zudem müssen Rückreisewillige schnell in ihr Heimatland geschickt werden, auch mit einer finanziellen Unterstützung. Das ist immer noch viel billiger, als wenn sie hierbleiben.

Was offensichtlich nicht funktioniert.

Sagen wir, es funktioniert nicht so, wie es sollte. Mir ist klar, dass es für Erstaufnahmeland wie Italien nicht einfach ist. Ich erwarte aber, dass das Land wie vereinbart seine Pflicht wahrnimmt. Zudem muss die EU ihre angebotene Unterstützung zum Beispiel für Italien umsetzen.

Nordafrikaner machten in Lyss Probleme. Mittlerweile hat man die Sicherheit dort wieder im Griff. Wie sieht es in den anderen Zentren im Kanton aus?

Es geht einfach nicht an, dass man in ein Land kommt, einen Asylantrag stellt und dann ein-

«Ich stelle einfach fest, dass sich das Bundesverwaltungsgericht besonders viel Zeit lässt mit der Beurteilung von Asylbürgern. Das ist störend, weil 80 bis 90 Prozent der Asylbewerber den Gerichtsweg beschreiten.»

Ob der Bund auf der ausserpolitischen Schiene nichts tut, kann ich nicht beurteilen. Auf Bundesebene haben wir ein Logistikproblem, was Plätze und Zentren sowie die Abwicklung der Asylgesuche angeht. Bei Letzterem spielt die Justiz eine grosse Rolle. Doch wir haben die Gewaltentrennung. Die Politik kann der Justiz nicht das Tempo vorgeben.

In Holland funktioniert es: Im Asylverfahren müssen sich auch die Gerichte an Fristen halten. Warum soll das in der Schweiz nicht gehen?

Ich stelle einfach fest, dass sich das Bundesverwaltungsgericht besonders viel Zeit lässt mit der Beurteilung von Asylbürgern. Das ist störend, weil 80 bis 90 Prozent der Asylbewerber den Gerichtsweg beschreiten.

Ein weiteres unangenehmes Thema ist die FDP des Kantons Bern. (lacht) Schreiben Sie das so?

Ja, es steht schlecht um die FDP. Das ist die FDP in den nationalen Wahlen zwei von vier Sitzen verloren hat, war ernüchternd. Auch das die Kantonalpartei nur noch einen Wähleranteil von 8,6 Prozent erreicht hat.

Die FDP ging am Samstag in Klausur - was sind die Gründe für das schlechte Abschneiden?

Kaiser ist in Langenthal aufgewachsen und hat - abgesehen von Auslandsaufenthalten und einer Anstellung in Kissnacht am Rigi - immer dort gewohnt. Vor seiner Wahl in den Regie-

rungrat war er Stadtpräsident, Gemeinderat und Mitglied des Gemeindeparlaments von Langenthal. Er ist FDP-Mitglied.

Vor seiner Tätigkeit als Stadtpräsident war Kaiser 17 Jahre lang Sekundarlehrer. In seiner Freizeit wirkt er in der Fasnachtsgesellschaft, beim SC Langenthal und beim Modellisenbahn-Club mit. Kaiser, der ein grosser Garten- und Blumenfreund ist, hat ein Faible für Literatur und für den «English way of life». Er ist verheiratet. 05/jh

Interview: Andrea Sommer

Sie können also so vielessen und trinken, wie Sie wollen; ohne zuzunehmen.

Ich trinke nicht so viel, wie ich will (lacht). Im Ernst ich habe gern ein Glas Wein, ein Glas Süsses, aber ich verhalte mich massig. Der Rest ist Veranlassung, ich muss mich nicht quälen, um meine Form zu behalten: No sports, wie der einstige englische Premierminister Winston Churchill zu sagen pflegte!

Über Sie konnte man schon lesen, dass Sie England lieben. Was fasziniert Sie so?

Der «English way of life» ist von einer individuellen Freiheit geprägt, die grösser ist als jene in der Schweiz. Freude habe ich am englischen Humor, der markant gesellschaftlich und oft selbstironisch ist. Ich bewundere, was die Engländer politisch und wirtschaftlich erreicht haben, und ich bedauere, dass das Land einen solchen Niedergang erlebte, dass mein Auto...

...aus einem Konzern kommt, der jetzt einem in der Schweiz. Dann haben Sie Respekt für das «Now des britischen Premierministers David Cameron aus dem europäischen Schuldenstreik. Ich habe Verständnis dafür. Zwar hat er seine Koalitionspartner verärgert. Aber er hat wohl das Bauchgefühl der Mehrheit der Engländer getroffen.

Als England-Fan weisen Sie schlink, wie man den Tee richtig trinkt.

Natürlich. Milch und Zucker kommen zuerst in die Tasse. Warum?

Das weise ich auch nicht. Wissen Sie, das ist eben das Interessante an England. Sie fragen mich immer nach dem Warum. Der Engländer dagegen sagt: «Why not?»

Interview: Andrea Sommer

ZUR PERSON

Hans-Jürg Käser (61) ist seit 2006 Polizei- und Militärdirektor des Kantons Bern. In seinem Büro an der Kramgasse 20 in der Berner Altstadt hangt Pfeifenrauch in der Luft. Das fast einzige dafür auffällige Schmuckstück sind eine Berner und eine Schweizer Flagge vor dem Pull. Der Ansatz der Migrationspartnerschaften seitens des Bundes ist richtig und müsste ausgebaut werden. Eine Forderung, die immer wieder laut wird. Passiert ist indes nichts. Bewegt sich überhaupt etwas im Asylwesen?

Interview: Andrea Sommer